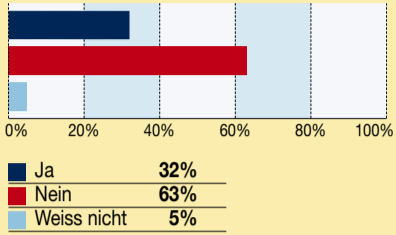


FRAGE DES TAGES

Kurz vor der Mühleberg-Abstimmung: Glauben Sie noch an die Energiewende?
(Stand: 18 Uhr, Anzahl Stimmen: 205)



Die heutige Frage:
Kommen Sie heutzutage noch ohne Kreditkarte aus?

Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab im Internet unter: www.suedostschweiz.ch/umfragen

Weniger Arbeitslose in der Ostschweiz

St. Gallen. – Die Arbeitslosenzahlen sind im April in allen Ostschweizer Kantonen ausser in Graubünden gesunken, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) mitteilte. Die höchste Quote hatte der Kanton Schaffhausen mit 2,8 Prozent (-0,3 Prozent).

Im Kanton Thurgau sank die Arbeitslosenquote um 0,2 Punkte auf 2,6 Prozent. In St. Gallen hatten Ende April 6181 (-425) Personen keine Arbeit; die Arbeitslosenquote sank demnach um 0,2 auf 2,3 Prozent. Ebenfalls bei 2,3 Prozent (-0,2) lag die Arbeitslosenquote im Kanton Glarus. Bei den zuständigen Stellen im Kanton Glarus waren 500 (-48) Personen als arbeitslos gemeldet.

In Appenzell Ausserrhoden hatten im April 488 (-42) Frauen und Männer keine Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 auf 1,7 Prozent.

In Graubünden lag dieser Wert im April bei 2,1 Prozent (+0,5 Prozent). Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Graubünden stark um 564 auf 2311. Die mit Abstand höchste Arbeitslosenzahl verzeichnet das Gastgewerbe mit 1014, gefolgt vom Baugewerbe (311). (sda)

Alterspolitik: Infos zu dem, was neu ist

Rapperswil-Jona. – Am Dienstag, 20. Mai, wird an einer öffentlichen Veranstaltung um 20.15 Uhr im katholischen Kirchgemeindehaus in Jona über die Alterspolitik in Rapperswil-Jona orientiert. Und zwar nach der Mitgliederversammlung des Fördervereins für Freiwilligenarbeit Gesundheit und Alter Rapperswil-Jona.

Stadträtin Rahel Würmli berichtet über Entwicklungen im Bereich der zukünftigen Alters- und Pflegeplätze, über die Erweiterung der Alterswohnungen im Porthof und so weiter.

Philipp Zünd, Pensionskasse St. Gallen, und Gabriela Zanettin, Geschäftsleitung Rajovita, informieren über die Planung der Alterswohnungen im Bühlpark und das dort vorgesehene Wohnen mit Service. (eing)

INSERAT



«Löhne müssen an die Lebenshaltungskosten gekoppelt sein. Ein Lohn für die ganze Schweiz funktioniert nicht.»

Andreas Zweifel
Geschäftsführer
Hans Eberle AG, Ennenda



www.mindestlohn-nein.ch

Sicher ist nur das Festhalten am Kanti-Standort Wattwil



Offensive: Die Regierungsräte Willi Haag und Stefan Kölliker sowie Staatssekretär Canisius Braun informieren über den Kanti-Entscheid.

Bild Pascal Büsser

Die Regierung hat sich gegen das Linthgebiet und für Wattwil als Standort der Kantonsschule entschieden. Ob Sanierung oder Neubau ist noch unklar. Ebenso, ob künftig 100 bis 200 Schüler aus Rapperswil-Jona nach Pfäffikon dürfen.

Von Pascal Büsser

Nach Wochen des Schweigens zum Thema Kanti lancierte die Regierung gestern eine grosse Informations-offensive. Bildungsdirektor Stefan Kölliker und Baudirektor Willi Haag standen an der Kantonsschule Wil den Medien Red und Antwort. Und händigten – um aufgekeimten Vorwürfen der Intransparenz entgegenzutreten – drei Gutachten sowie das Protokoll der Regierungssitzung aus. «Die Abklärungen in diesem komplexen Unterfangen haben die Regierung einige Zeit gekostet», sagte Kölliker.

Kölliker soll mit Schwyz verhandeln
Klar ist nach gestern allerdings einzig, dass die Regierung am Standort Wattwil festhalten will. Und somit einer Kanti im Linthgebiet, woher zwei Drittel der Schüler stammen, eine Absage erteilt. Weiter offen ist dagegen, ob das bestehende Gebäude aus dem Jahr 1970 saniert oder ob eine neue

Kanti neben der Berufsfachschule Toggenburg in Wattwil gebaut wird.

Dies hängt vor allem davon ab, ob künftig 100 bis 200 Schülerinnen und Schüler aus Rapperswil-Jona die Kanti Pfäffikon besuchen können. Damit will die Regierung der zweitgrössten Stadt im Kanton entgegenkommen. Sie hat Bildungsdirektor Kölliker beauftragt, bis Ende Jahr Verhandlungen mit dem Kanton Schwyz zu führen und diese Frage zu klären.

Er werde das unbefangenen und in der gebotenen Seriosität angehen, sagte Kölliker. Der Kanton habe mit der Kooperation mit Thurgau beim Beispiel Wil gezeigt, dass überkantonale Lösungen möglich seien.

Bei einem Wegfall der Mehrzahl der Schüler aus Rapperswil-Jona behielte die Kanti Wattwil gerade noch die kritische Grösse von rund 500 Schülern, die es laut Regierung für eine Kanti braucht. Allenfalls würde dann das Platzangebot im bisherigen Gebäude in sanierter Form genügen.

Gekoppelt an diese Frage ist die allfällige Schutzwürdigkeit des Betonbaus. Diese Frage sei noch abschliessend zu klären, sagte Bauchef Haag.

Fahrplan 2024 bleibt

Anfang nächstes Jahr will die Regierung über das weitere Vorgehen entscheiden. Eine Sanierung oder ein Neubau in Wattwil sind nach wie vor

für 2024 geplant. Kosten für allfällige frühere Not-Renovationen seien noch abzuklären, so Haag.

Die in den Medien viel zitierte Studie von Wüest & Partner legte die Regierung gestern offen. Sie untersuchte «die Standortattraktivität aus der Optik eines institutionellen Immobilienanlegers». Und kam zum Schluss, dass Uznach der bessere Standort als Wattwil oder Rapperswil-Jona wäre.

Die Studie äussere sich aber weder zu «politischen Komponenten der Standortfrage noch zu Synergien mit anderen kantonalen Projekten oder zu bildungspolitischen Aspekten», so die Regierung.

Synergie spricht für Wattwil

Kölliker hob insbesondere die Chancengleichheit hervor. Die Kanti Wattwil sei für alle Schülerinnen und Schüler des Einzugsgebiets in zumutbarer Reisezeit zu erreichen. Das heute etablierte Mittelschul-Netz erlaube zudem eine optimale Klassenplanung, womit man im Betrieb Millionen spare, so Kölliker. «Wenn man den Standort Wattwil verlegen würde, würden sich die Schülerflüsse in alle Himmelsrichtungen verändern.»

Dies wäre laut Kölliker insbesondere bei einer Verlegung nach Rapperswil-Jona der Fall. Gegen Uznach sprachen für die Regierung fehlende Synergien mit anderen Bildungseinrich-

tungen. Die Synergieeffekte in Wattwil betonte Kölliker als weiteres Kilkriterium. Der Regierung schwebt im Fall eines Neubaus im bahnhofs-nahen Gebiet Rietstein eine Campus-Lösung mit der Berufsfachschule vor. Dies wäre ein Novum im Kanton. Eine geteilte Mensa, Aula und weitere gemeinsame Räumlichkeiten ergäben grosses Sparpotenzial, so Kölliker.

Im Gegenzug will die Regierung in Rapperswil-Jona mit der Stadt möglichst bald ein Grundstück für das dortige Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) sichern, das sich teilweise in einem Provisorium befindet. Einen Neubau stellte Kölliker in zehn bis 15 Jahren in Aussicht.

Strafanzeige wegen Informations-Leck

Die Regierung hat eine Anzeige gegen unbekannt wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung erstattet. Dies, weil vor zwei Wochen ein internes E-Mail von Regierungsrat Beni Würth den Weg in die Medien fand. Es gebe keine Anhaltspunkte, dass ein Regierungsmitglied an der Aktion beteiligt gewesen sei, erklärte Staatssekretär Canisius Braun. (pb)



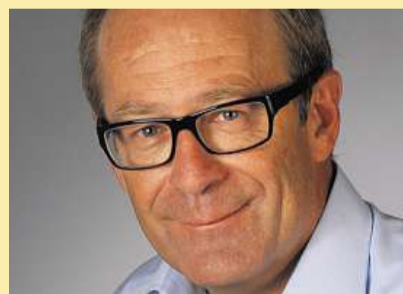
Erich Zoller
Stadtpräsident Rapperswil-Jona

«Ich bin enttäuscht. Für mich ist es ein Fehlentscheid. Ich bin der Meinung, dass alle Argumente für einen Kanti-Standort im Linthgebiet sprechen. Eine verstärkte Kooperation mit Schwyz ist an sich eine wichtige und richtige Überlegung. Allerdings hätte man das klären müssen, bevor man einen Standortentscheid fällt.»



Yvonne Suter
Kantonsrätin Rapperswil-Jona

«Wir verpassen gerade eine Riesenchance, die Bildungslandschaft Linthgebiet-Toggenburg für die nächste Generation optimal aufzustellen. Es leuchtet jedem ein, dass eigentlich Uznach der optimale Kanti-Standort wäre. Im ganzen Kanton stehen die Schulen dort, wo die Schüler sind. Alle anderen Varianten sind suboptimal.»



Markus Schwizer
Präsident Region Zürichsee-Linth

«Leider musste man von diesem Entscheid ausgehen. Trotzdem bin ich enttäuscht. Die Argumentation überzeugt nicht. Die Regierung betreibt Regionalpolitik auf dem Buckel der Kinder. Auch in Uznach gäbe es Synergien, wenn man danach fragen würde. Mit dem Kanton Schwyz hätte man vor dem Standortentscheid reden müssen.»



Erwin Camenisch
Gemeindepräsident Uznach

«Der Entscheid gegen eine Kantonsschule im Linthgebiet ist für mich keine grosse Überraschung. Es hat sich abgezeichnet, dass die Regierung hinter dem Standort Wattwil steht. Ich bezweifle aber, dass es eine gute Entscheidung ist: Schüler in einen anderen Kanton zu schicken, schwächt die eigene Schule. Und darunter leiden am Ende die Schüler.»